

Ungarn

Gesamteinschätzung

Ungarn verzeichnet im Jahr 2000 mit einem Plus von 5,2% das höchste Wirtschaftswachstum seit Beginn des Übergangs zur Marktwirtschaft und im Vergleich zu den anderen Staaten Ostmitteleuropas. Das Land begann seinen markanten Aufholprozess erst 1997 (1997: +4,6%; 1998: +5,1%; 1999: +4,5%), doch tragen die weitreichende Modernisierung und Umstrukturierung der Wirtschaft nun Früchte. Im Jahresverlauf schwächte sich das Wachstum indes ab. Im ersten Halbjahr 2000 lag der BIP-Anstieg bei 6,2% (Vorjahreszeitraum: +3,8%), in den beiden letzten Quartalen verminderte es sich aber auf 4,5% bzw. 4,2%. Für das erste Halbjahr 2001 wird eine weitere Abschwächung erwartet. Verantwortlich hierfür ist das eingetrübte Konjunkturklima in Westeuropa und den USA. Dennoch dürfte sich der solide ungarische Aufholprozess auch 2001 mit einer Wachstumsrate von 4,9 % und darüber hinaus auch 2002 (Prognose: 4,7%.) fortsetzen.

Die auf der Angebotsseite von der Industrie (Wertschöpfung stieg +9%, die Industrieproduktion +18,3% 1999: +12,7%) getragene Konjunkturentwicklung schlug sich im Dezember 2000 auch in einer im Vergleich zum Vorjahresmonat niedrigeren Arbeitslosenquote von 6,4% (1999: 7%, IAO-Definition) nieder. Im monetären Bereich bleibt die Lage kritisch: Die Inflation zeigt sich 2000 gegenüber dem Vorjahr mit 9,8% nahezu konstant. Das konsolidierte Budgetdefizit hat sich zwar von 3,7% (1999) auf 3,5% (2000) vermindert, doch bestehen große fiskalpolitische Risiken in den Sozialsystemen. Die konservative Regierung setzt dennoch die Prioritäten neu und verfolgt einen eher expansiven fiskalpolitischen Kurs. Dies kann weitere Stabilisierungsmaßnahmen unterlaufen.

Lange hat die Regierung gezögert, das „crawling-peg“-Wechselkursregime zu ändern. Die stetige Abwertung des Forint und seine sehr enge Schwankungsbreite um die Zentralparität ließen der Zentralbank kaum effektive Instrumente zur Eindämmung der Inflation. Im Mai 2001 hat die Regierung jedoch zumindest eine größere Bandbreite des Forint (plus/minus 15%) beschlossen, was eine wirksame Inflationsbekämpfung ermöglicht (Prognose 2001: 7,5%). Eine leichte Aufwertung des Forint ist möglich, doch wird die ungarische Exportwirtschaft dies aufgrund ihrer vergleichsweise starken Wettbewerbskraft gut verkraften können. Das 2000 gefallene Leistungsbilanzdefizit (3,3% des BIP) wird sich dennoch 2001 wieder etwas erhöhen (über 4%). Dies kann den soliden Wachstumsprozess Ungarns aber nicht gefährden. Die fast abgeschlossene Privatisierung und der rasche Strukturwandel begünstigen die EU-Mitgliedschaft Ungarns. Die Beitrittsverhandlungen können 2002 abgeschlossen sein, und eine Aufnahme in die Union ist 2004 möglich.

Produktion und Verwendung des BIP

Der konjunkturelle Aufschwung in der zweiten Jahreshälfte 1999 (+4,9%, auch im folgenden reale Angaben gegenüber Vorjahreszeitraum, wenn nicht anders vermerkt) setzte sich in den ersten beiden Quartalen 2000 (+6,6%, +5,8%) fort. Der BIP-Anstieg schwächte sich im dritten und vierten Quartal auf vergleichsweise hohem Niveau wieder etwas ab (+4,5%, +4,2%), doch konnte für 2000 insgesamt ein Wachstum von 5,2% erzielt werden. Der BIP-Anstieg wurde auf der Verwendungsseite von allen Nachfragekomponenten (Binnennachfrage: +5,1%) getragen. Führend waren die Investitionen (6,6%, 1999: +5%, 1998: +10,2%), wogegen der öffentliche und private Konsum nur um ca. 3,1% stieg. Obwohl der Außenbeitrag rein rechnerisch zum BIP-Anstieg nur wenig beitrug, gab die Außenwirtschaft aufgrund des dynamischen Exportwachstums (21,8%, 1999: +8,7%; 1998: +20%) maßgebliche Konjunkturimpulse an die Binnenwirtschaft weiter. Hier zeigt sich die wahre Stärke der ungarischen Wirtschaft, die in den letzten Jahren ihre Wettbewerbsposition deutlich gestärkt hat. Dagegen stieg der private Verbrauch moderat nur um ca. 3,3%

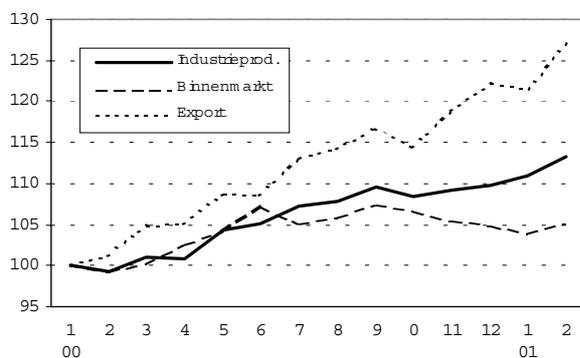
(1999: +5,4%), der öffentliche Konsum sogar nur um 1,5%.

Auf der Angebotsseite wurde das Wachstum wiederum durch die Industrie getragen. Deren Wertschöpfung stieg um ca. 9%, die Industrieproduktion indes sogar um beachtliche 18,3% (1999: +12,7%). Die starke Exportorientierung der ungarischen Industrie und ihre starke Wettbewerbsposition kommen in dem kräftigen Anstieg der industriellen Exportverkäufe (+27%) zum Ausdruck, wogegen der Binnenabsatz sich nur um 9% erhöhte. Während die Produktionsleistung der Bauwirtschaft um ca. 5,9% stieg, musste die Agrarproduktion aufgrund ungünstiger Witterungsbedingungen einen Rückgang von 7,5% hinnehmen. Auch blieben die Ergebnisse des Dienstleistungsbereichs mit einem Wachstum von ca. 2% eher enttäuschend.

Für 2001 wird aufgrund der schwächeren Konjunktur in Westeuropa eine etwas niedrigere Wachstumsrate von 4,9% prognostiziert. Dabei dürfte auch weiterhin die Industrie wichtiger Wachstumsmotor (Prognose +12% bis 14%) sein. Die ersten Monate 2001 bestätigen eine dynamische Industrieproduktion (Jan. +16%, Feb. +10,4%), deren Expansion sich

im März allerdings etwas abschwäche (+ 2,7). Während die Industrie im letzten Jahr ihre volkswirtschaftliche Bedeutung ausbaute (BIP-Anteil 31,5%), hat die Landwirtschaft ihren BIP-Anteil von 4,9% auf 4,3% und der Dienstleistungssektor seinen Anteil von 62,5% auf 59,6% weiter vermindert. Der Anteil der Bauwirtschaft blieb mit 4,6 % des BIP über die letzten Jahre relativ konstant. Strukturell nähert sich Ungarn deutlich an die EU-Durchschnittswerte an. Dennoch fallen die Einkommensdifferenzen zur EU markant aus. Ein ungarischer Arbeiter verdient nur ca. ein Drittel des EU-Durchschnitts und nach Kaufkraftparitäten ca. die Hälfte.

Industrieproduktion 2000
(konstante Preise, 1/2000 = 100)



Arbeitsmärkte, Soziale Lage

Infolge des anhaltenden Wirtschaftswachstums setzte sich im Jahr 2000 der Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Beschäftigung fort. Mit 1% fiel er allerdings geringer aus als in den beiden vorangegangenen Jahren (1999 betrug der Beschäftigtenzuwachs 110 Tausend, 2000 lag er bei 40 Tausend). Entsprechend sank die Arbeitslosenquote von 7% in 1999 auf 6,4% in 2000. Dabei bleiben die regionalen Unterschiede nach wie vor stark ausgeprägt: Die niedrigste Arbeitslosenrate wurde mit 4,2% in West-Transdanubien und die höchste mit 10,1% in Nord-Ungarn gemessen. Während der Beschäftigungsanteil der im Dienstleistungssektor von 58,1% auf knapp 60% und in der Industrie von 33,5% auf 34,6% zunahm, ist der Anteil der Beschäftigten in der Landwirtschaft von 8,9% auf 7,2% stark zurückgegangen. Von ausländischen Unternehmen wird allerdings mit wachsender Besorgnis die zunehmende Knappheit von qualifizierten Arbeitskräften registriert, der die Unternehmen z.B. durch betriebliche Ausbildungsinitiativen entgegenzuwirken versuchen.

Zu der positiven Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt haben auch die von der seit 1998 amtierenden Regierung durchgeführten beschäftigungspolitischen Maßnahmen beigetragen. Im Rahmen der neuen Rechtsnormen wurde seit Beginn des Vorjahres die Zahlung des Arbeitslosengeldes von einem Jahr auf

neun Monate herabgesetzt. Die Höhe des Arbeitslosengeldes richtet sich nach dem früheren Gehalt, wobei der Maximalbetrag kaum den in Ungarn geltenden Mindestlohn überschreitet. Sowohl die Zahlung des Arbeitslosengeldes und der Sozialhilfe als auch die Finanzierung der eingeleiteten Beschäftigungs- und Ausbildungsprogramme erfolgen aus einem Arbeitskräftemerktfonds, der sich aus Beiträgen der Unternehmen, der Beschäftigten und des Staates zusammensetzt. Darüber hinaus wird der vergleichsweise sehr hohe Anteil der Sozialabgaben an der Bruttovergütung in den nächsten beiden Jahren schrittweise von 33% (Ende 2000) auf 31% bzw. 29% verringert. Die Regierung plant ferner, die immer noch weit verbreitete Schattenwirtschaft mittels verstärkter Kontrolle der Steuer- und Beitragszahlungen weiter einzudämmen. Infolge der unternommenen Anstrengungen ist der geschätzte Anteil der Schattenwirtschaft am ungarischen BIP von 30% Mitte der neunziger Jahre auf 20% gefallen. Um das Ausmaß der Steuerhinterziehung nachhaltig zu begrenzen und zugleich den Standort Ungarn attraktiver zu gestalten, ist auch eine Senkung der vergleichsweise hohen Einkommen- und Mehrwertsteuersätze notwendig.

Die durchschnittlichen Nettonominallöhne und -gehälter der vollzeitarbeitenden Bevölkerung stiegen um 11,4%. Damit lag die Wachstumsrate um 1,3 Prozentpunkte unter der des Vorjahres. Bei einer nur leicht rückläufigen Inflation (Konsumgüterpreise) erhöhten sich die Realeinkommen um 1,5%. Dabei stiegen die Realeinkommen im Bergbau, in der Verarbeitenden Industrie, im Handel und im Gesundheitswesen überdurchschnittlich stark an, während insbesondere die Landwirtschaft, das Bildungswesen und die öffentliche Verwaltung Einkommenseinbußen zu verzeichnen hatten. Nach heftigen Kontroversen wurde am 1.1.2001 der Mindestlohn von der ungarischen Regierung von ursprünglich 25.000 auf 40.000 Ft (ca. 300 DM) pro Monat heraufgesetzt und soll zum 1.1.2002 auf 50.000 Ft angehoben werden. Dieser Schritt wurde vor allem von den Arbeitgebern als eine beträchtliche Belastung insbesondere für die kleineren Betriebe beanstandet, die wiederum die Gefahr einer steigenden Arbeitslosigkeit sowie einer Zunahme der Schattenwirtschaft in sich birgt.

Das ungarische Gesundheitswesen stellt eine der Schwächen des bisherigen Transformationsprozesses dar. Abgesehen von einzelnen Veränderungen blieb die dringend notwendige Reform des Gesundheitswesens bislang aus. Die Finanzierung der Gesundheitsleistungen erfolgt seit Beginn der neunziger Jahre im wesentlichen durch die staatliche Monopolkassen (OEP). Deren Mittel stammen zum überwiegenden Teil aus von Arbeitgebern und Arbeitnehmern zu entrichtenden Versicherungsbeiträgen, die von der Verwaltung des Nationalen Krankenversicherungsfonds eingezogen werden, sowie einer im wesentlichen von den Arbeitgebern an den Staat abzuführenden, pro Beschäftigten erhobenen

Gesundheitssteuer. Ergänzt wird dieses Mittelaufkommen durch direkte Subventionen aus dem Staatshaushalt, die jegliches Defizit der staatlichen Krankenkasse ausgleichen (das Defizit der laufenden Ausgaben betrug in den letzten beiden Jahren 0,7% bzw. 0,8% des BIP mit steigender Tendenz). Einen immer größer werdenden Anteil an den Gesundheitsausgaben haben in den letzten Jahren private Zahlungen in Form von Zuzahlungen, z. B. für Medikamente und ausgewählte Zahnbehandlungen, von illegalen Sonderzahlungen sowie direkten Zahlungen an die wenigen privaten Leistungserbringer eingenommen.

Die Verwaltung des Nationalen Krankenversicherungsfonds schließt zugleich mit den Leistungserbringern wie Krankenhäusern, ambulanten Kliniken und Ärzten, Verträge ab. Dabei liegt die Bereitstellung von Gesundheitsleistungen, einschließlich der hierzu erforderlichen Investitionen in die medizinische Ausrüstung, bis heute ebenfalls nahezu ausschließlich in staatlicher Hand. Anspruch auf die staatliche Gesundheitsversorgung hat nach wie vor die gesamte Bevölkerung, unabhängig davon, ob die Betroffenen Beiträge entrichten.

Zwar wurde Anfang November letzten Jahres ein Nationales Gesundheitsförderprogramm veröffentlicht, das auf eine Reform des Gesundheitswesens mittels rechtlicher, finanzieller und organisatorischer Veränderungen abzielt. So wurde z.B. mit der mehrjährigen Privatisierung der Hausarzt-Praxen begonnen, die im nächsten Schritt auch auf die Fachärzte und Krankenhäuser ausgedehnt werden soll. Die staatliche Krankenversicherung wird dem Programm zufolge neben der Patientenversorgung auch die technische Ausstattung der Krankenhäuser finanzieren. Dabei wird sich die Finanzierung der Krankenhäuser zukünftig auch nach der Dringlichkeit der erbrachten Leistungen richten. Die Sicherung der medizinischen Grundversorgung wird weiterhin Aufgabe der Kommunen sein. Ziel des Nationalen Gesundheitsförderprogramms ist nicht zuletzt die stufenweise Anhebung der Gehälter des medizinischen Fachpersonals, deren Brutto-Durchschnittslohn immer noch deutlich unter dem Landesdurchschnitt liegt.

Gleichwohl reichen die eingeleiteten Reformschritte für eine nachhaltige Verbesserung des ungarischen Gesundheitswesens nicht aus. Um die Finanzierung des Systems auf eine gesicherte Grundlage zu stellen, wirtschaftliches Verhalten aller Beteiligten zu gewährleisten, die tiefgreifenden regionalen Unterschiede hinsichtlich Quantität und Qualität der Gesundheitsversorgung zu verringern und im Ergebnis auch eine Verbesserung der unterhalb des Durchschnitts der ostmitteleuropäischen Länder liegenden Lebenserwartung sowie des allgemeinen Gesundheitszustands der Bevölkerung zu erreichen, bedarf es noch einer Reihe weitergehender Reformmaßnahmen. Hierzu zählen neben der raschen Privatisierung der Arztpraxen und geeigneter Krankenhäuser insbesondere die Zulassung privater Ver-

sicherungsanbieter sowie die Schaffung von Wettbewerbsanreizen für die Leistungsanbieter und Versicherungen. Hierdurch können auch die bestehenden Überkapazitäten in den Krankenhäusern und im Facharztbereich abgebaut und die erforderlichen Zusatzkapazitäten bei den Allgemeinmedizinern geschaffen werden. In diesem Zusammenhang sind auch die Subventionen der Pharmaindustrie abzubauen und die weitreichenden Preisregulierungen aufzuheben. Darüber hinaus erfordert die langfristige Finanzierung des Gesundheitswesens auch eine Ausweitung der Beitragspflicht auf alle Versicherten.

Staatshaushalt und Fiskalpolitik

Angesichts der Wirkungsgrenzen, die der Geldpolitik durch das bestehende crawling-pegged-Wechselkursregime (siehe unten) auferlegt sind, fällt der Fiskalpolitik eine entscheidende Rolle zu, interne und externe Ungleichgewichte unter Kontrolle zu halten. Die berechtigten Forderungen, die Infrastruktur auch im Zuge der EU-Annäherung rasch zu entwickeln sowie das niedrige über die letzten Jahre faktisch stagnierende Sozial- und Einkommensniveau anzuheben, müssen deshalb mit der Notwendigkeit in Einklang gebracht werden, das Leistungsbilanzdefizit und die Inflation im Zaum zu halten. Die Erfahrungen des hohen „doppelten Defizits“ und der rezessiven Wirkungen seiner Bekämpfung in den Jahren 1995 bis 1997 sollten den wirtschaftspolitisch Verantwortlichen in Budapest eigentlich Mahnung genug sein. Um so mehr verwundert es, dass die Fiskalpolitik Budapests eher auf Expansion als auf weitere Konsolidierung angelegt ist. Das konsolidierte Budgetdefizit (ohne Gebietskörperschaften) hat sich zwar von 3,7% (1999) auf 3,5% (2000) und die öffentliche Verschuldung von 60% auf 58,2 % des BIP vermindert, doch kann die fiskalpolitische Lage angesichts großer Unsicherheiten in den Sozialsystemen (Gesundheits- und Alterssystem, siehe oben) nicht als entspannt gelten.

Die konservative Regierung setzt dennoch die Prioritäten neu und verfolgt einen eher expansiven fiskalpolitischen Kurs. Im Rahmen eines erstmals auf zwei Jahre angelegten Haushalts wird ein staatliches Investitionsprogramm aufgelegt, das den Ausbau des Straßennetzes, die Förderung des Wohnungsbaus, des Mittelstandes, von Forschung und Technologie sowie der touristischen Infrastruktur zum Ziel hat. Zudem soll die Einkommenssituation durch eine Anhebung der Renten und der Gehälter im öffentlichen Dienst verbessert werden. In dieses Bild passt auch die angestrebte Verdoppelung der Minimallöhne. Auch die Finanzkraft der Kommunen soll gestärkt werden. Dieses insgesamt als Szecheny-Plan titulierte Ausgabenprogramm soll Ungarns Wirtschaft in den nächsten 10 Jahren an das Niveau der EU heranführen und den Staat in den kommenden zwei Jahren ca. 2 Mrd. USD kosten. Zwar hofft

die Regierung für 2001 auf weitere Investitionen der Privatwirtschaft von ca. 3 Mrd. USD, doch der Staatshaushalt wird deshalb weiterhin bei einem Defizit von 3,5% des BIP verbleiben. Selbst diese Marge ist in Gefahr, wenn die Regierung sich im Vorgriff auf die Wahlen im Frühjahr 2002 zu weiteren politisch motivierten Ausgabenerhöhungen entschließt. Zusätzliche budgetäre Gefahren drohen, sollte sich die Konjunktur eintrüben.

Inflation und Geldpolitik

Ungarn hat bezüglich der Inflationsbekämpfung nicht die gleichen Erfolge vorzuweisen wie andere fortgeschrittene Reformländer wie beispielsweise die baltischen Staaten. Zwar ist es dem Land seit 1995 im Zuge einer restriktiven Geld- und Fiskalpolitik und mit der Einführung des crawling-pegged-Wechselkursregimes gelungen, die Inflation stetig zu vermindern, doch ist die Preisstabilisierung faktisch zum Stehen gekommen. Der Konsumgüterpreisindex, der im Vorjahr bei 10% lag, blieb 2000 mit 9,8% nahezu konstant. Im Dezembervergleich lag die Inflationsrate sogar bei 10,1% (Dez. 1999:11,2%). Während sich in der ersten Jahreshälfte das Preisklima entspannte (Inflationsraten im einstelligen Bereich), zogen die Preise aufgrund steigender Öl- und Nahrungsmittelpreise sowie eines starken USD in der zweiten Hälfte wieder merklich an. Bedenklich ist, dass der Preisauftrieb sich auch in den ersten Monaten 2001 unvermindert fortsetzt (März 2001: 10,4%). Hierfür können nicht alleine externe Faktoren verantwortlich gemacht werden, da die sog. Kerninflationsrate (ohne Berücksichtigung von kurzfristigen Preisschocks) von Juni 2000 bis März 2001 von 7% auf 11% gestiegen ist. Die Ursachen dafür liegen auch in dem starken Produktivitätswachstum des exportorientierten verarbeitenden Gewerbes, das entsprechende Lohnsteigerungen nach sich zieht. Zudem zeichnet sich ein starkes nominales Lohnwachstum ab, das in einer Lohn-Preisspirale enden könnte. Zudem hat die Aufhebung der Preiskontrollen für Erdgas die Inflation begünstigt.

Angesichts steigender Inflationsraten kam es im Herbst 2000 zwischen der ungarischen Notenbank und der Regierung unter Victor Orban zu einem offenen Streit über angemessene Reaktionen der Geld- und Wechselkurspolitik. Letztere ließ der ungarischen Zentralbank nur wenig geldpolitischen Spielraum, da der Forint gegenüber dem Euro stetig abgewertet (0,3 % monatlich) wurde und mit einer recht engen Schwankungsbreite von 2,25% nach oben und unten versehen war. Der Notenbankchef G. Suranyi war daher der Meinung, das Wechselkursregime müsse modifiziert und der „crawling peg“ aufgegeben werden. Premierminister Orban und seine Wirtschaftsberater lehnten eine Veränderung strikt ab, da sie eine reale Aufwertung der Währung mit negativen Folgen für die Binnenkonjunktur befürchteten.

Da das Wechselkursregime nur im Einklang mit der Regierung geändert werden kann und Orban dem scheidenden Nationalbankchef keinen Erfolg mehr vergönnte, blieb 2000 eine Änderung des Wechselkursregimes aus. Einer verstärkten Inflationsbekämpfung mittels restriktiver Geldpolitik stand zudem die Gefahr noch höherer kurzfristiger Kapitalzuflüsse im Wege. Dennoch erhöhte Suranyi quasi als Notbremse die Leitzinsen im Oktober, ohne damit jedoch Inflation und Inflationserwartungen entscheidend beeinflussen zu können. Der neue von Orban eingesetzte Nationalbankchef Zsigmond Jarai lag zunächst voll auf der wirtschaftspolitischen Linie der Regierung und lehnte eine Aufwertung des Forint angesichts der lahmen westlichen Konjunktur ab. Im Mai 2001 sah er sich doch zu einer Ausweitung der Schwankungsbreite des Forint auf plus/minus 15% gezwungen. Dies erhöht den Spielraum für eine antiinflationäre Politik, die indes von einer vorsichtigen Fiskalpolitik begleitet werden sollte. Dennoch wird sich die Inflationsrate nur langsam verringern und 2001 nach unseren Schätzungen immer noch bei 7,5% liegen.

Außenhandel und Zahlungsbilanz

Eine Änderung des Wechselkursregimes und eine damit möglicherweise stärkere Aufwertung des Forint, bedingt durch ein höheres Produktivitätswachstum und Kapitalzuflüsse, sind auch deshalb zu verkraften, weil die ungarische Exportwirtschaft in den letzten Jahren ihre Wettbewerbsposition bemerkenswert ausgebaut hat. Dieser Trend hat sich 2000 mit dem die Lohnzuwächse deutlich übersteigenden Anstieg der Arbeitsproduktivität der Industrie um 17% und mit einer weiteren Abwertung des realen Wechselkurses um ca. 3% fortgesetzt. Die Ausfuhren stiegen in den letzten Jahren real in zweistelligen Wachstumsraten. Diese Tendenz hält 2000 mit einem Exportanstieg von 22% an, wobei gleichzeitig die Einfuhren um 21% zunahm. Wertmäßig in USD berechnet fällt das Exportwachstum mit 12% auch im Vergleich zu den Importen (+15%) geringer aus, was auf die starke US-Währung und eine Verschlechterung der Terms of Trade zurückzuführen ist. Eine beachtliche Exportdynamik ist vor allem in die EU zu beobachten. Wertmäßig in Euro berechnet stiegen die ungarischen Ausfuhren in die EU um ca. 28%. In USD berechnet fiel das Exportwachstum wegen der Aufwertung der amerikanischen Währung auch mit der EU geringer aus, doch sind die Euro-Zahlen aufschlussreicher, da ca. 75% der Exporte in die EU gehen.

Auch die entwickelte Exportstruktur und die geringeren außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte deuten darauf hin, dass Ungarn die Änderung des Wechselkursregimes verkraften kann. Die Exporte konzentrierten sich weiterhin auf technologisch höherwertige Bereiche wie den Maschinenbau und die Transportausrüstungen, die nunmehr einen Export-

anteil von ca. 60% erreichten (1999: 57%). Dies gilt ebenso für die Importseite (52%), so dass Ungarn im Vergleich zu den übrigen MOE-Ländern einen hohen Anteil des sog. intra-industriellen Handels (Handel ähnlicher Erzeugnisse) aufweist. Zudem haben sich die außenwirtschaftlichen Ungleichgewichte 2000 trotz einer Ausdehnung des Handelsbilanzdefizits von ca. 3 auf 4 Mrd. USD, die fast ausschließlich durch die höheren Ölpreise bedingt waren, abgeschwächt. Aufgrund eines wachsenden Überschusses in der Dienstleistungsbilanz (hauptsächlich Tourismus) und des dynamischen Wirtschaftswachstums fiel das Leistungsbilanzdefizit absolut, aber vor allem in Relation zum BIP (3,3% des BIP), deutlich geringer aus als im Vorjahr (4,4% des BIP).

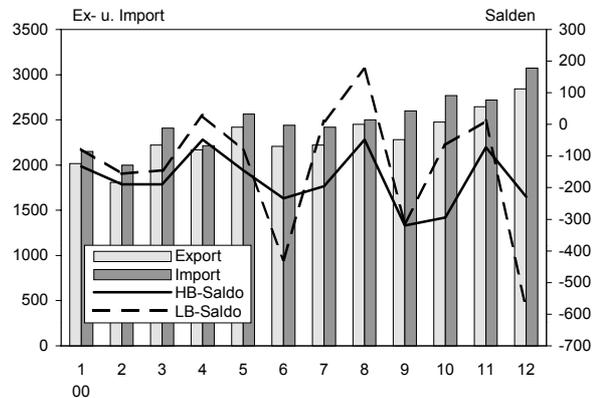
Erfreulich verlief 2000 wiederum der Außenhandel mit Deutschland, dem nach wie vor wichtigsten Handelspartner Ungarns. Ungarn wickelt etwa 37% des Exports und etwa 26% des Imports mit Deutschland ab. Der gesamte ungarisch-deutsche Warenaustausch betrug 2000 ca. 40 Mrd. DM (1995 etwa 14 Mrd. DM), d.h. er hat sich gegenüber 1995 fast verdreifacht. 2000 stiegen die ungarischen Ausfuhren nach Deutschland nach Angaben der deutschen Statistik um ca. 21,5% (1999: 20%), die Einfuhren um 18,1% (1999: ca. 8,8%). Ungarn konnte damit einen Handelsbilanzüberschuss von ca. 555 Mio. DM (1999: ca. 900 Mio. DM) erzielen. Die Bedeutung Deutschlands wird auch bei den Direktinvestitionen (Kapitalanteil 34%) spürbar. Allerdings weist die deutsche Zahlungsbilanzstatistik bei den Nettozuflüssen von Direktinvestitionen nur einen Betrag von 336 Mio. DM aus, was durch Gewinnrückführungen deutscher Unternehmen aus Ungarn verursacht wurde.

Die Kehrseite des verminderten Leistungsbilanzdefizits war ein geringerer Überschuss in der Kapitalbilanz, der nur geringfügig auf niedrigere Direktinvestitionen als vielmehr u.a. auf einen Nettoabfluss von Portfoliokapital zurückzuführen war. Die Finanzierung des Leistungsbilanzdefizits scheint noch immer auf soliden Füßen zu stehen, obwohl 2000 nur ca. 25% der Summe nicht durch eine Erhöhung der lang- und kurzfristigen Verschuldung finanziert werden konnte. Anfang 2001 hat sich dieser Trend mit 80% dieser Quote allerdings wieder umgekehrt. Zudem kann Ungarn auf eine hohe Kreditwürdigkeit und hohe Währungsreserven (ca. 11,6 Mrd. USD) zurückgreifen, sodass Finanzierungsprobleme nicht zu erwarten sind. Die Bruttoverschuldung Ungarns erhöhte sich von ca. 29 auf 33 Mrd. Euro (66% des BIP), die Nettoverschuldung indes nur von 11,2 auf 12,2 Mrd. Euro (24,7% des BIP). Als Produktionsstandort bleibt Ungarn auch weiterhin attraktiv, was 2000 die höchsten ausländischen Direktinvestitionen (ca. 1,9 Mrd USD) seit Jahren belegten.

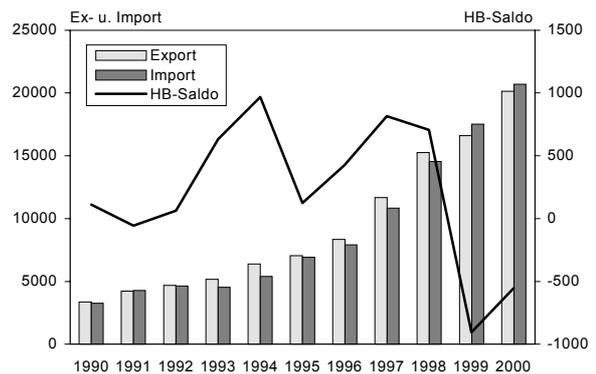
Schwächere EU-Konjunktur, stärkere Aufwertung des Forint und Verlangsamung des Produktivitätswachstums können zu einer Abflachung des Exportanstiegs und zu höheren Importen führen. Das grö-

ßere Defizit in der Handelsbilanz kann nur zum Teil durch andere Positionen in der Leistungsbilanz ausgeglichen werden, sodass dessen Defizit 2001 wieder bei 4% bis 4,5 % des BIP liegen dürfte.

Handels- und Leistungsbilanz
(Mio. USD, Zahlungsbilanzstatistik)



Außenhandel Deutschlands mit Ungarn
(in Mio. DM)*



* Deutsche Außenhandelsstatistik.

Wirtschaftspolitische Maßnahmen, Privatisierung, Strukturwandel

Mit seinen bislang durchgeführten, umfangreichen Strukturreformen hat Ungarn eine Vorreiterstellung unter den EU-Beitrittskandidaten eingenommen. Mit der Überführung von mehr als 80% aller Staatsbetriebe in Privateigentum ist der Privatisierungsprozess weitgehend abgeschlossen. Die Regierung plant deshalb, die staatliche Privatisierungsbehörde APV in zwei unabhängige Teilbereiche zu spalten. Während die erste Behörde für das Management der noch verbliebenen Staatsaktiva verantwortlich sein soll, wird der anderen Behörde die Verwaltung fehlgefallener oder noch nicht abgeschlossener Privatisierungsprojekte übertragen. Unter den rund 200 noch zu privatisierenden Unternehmen befinden sich allerdings noch einige bedeutsame Vermögenswerte in staatlichem Eigentum, wie Teile des Landwirt-

schafts-, Banken-, Medien-, Energie-, Chemie-, Immobilien- und Transportsektors, die aufgrund der anhaltenden Subventionierung dieser Gesellschaften eine große finanzielle Belastung des Staates darstellen. Obwohl die Entstaatlichung mehrerer dieser strategisch wichtigen Großkonzerne bereits in Vorbereitung war, sind im letzten Jahr viele Privatisierungsbemühungen fehlgeschlagen. Dies ist zum einen auf die Politik der Regierung zurückzuführen, die wiederholt den Eindruck vermittelte, dass sie ihre politischen Einfluss- und Kontrollmöglichkeiten im Hinblick auf bedeutende Schlüsselunternehmen stärken oder zumindest nicht gänzlich verlieren möchte. Zum anderen wird auch mangelndes Interesse ausländischer Investoren an einigen der Privatisierungskandidaten für das Erlahmen des Restrukturierungsprozesses verantwortlich gemacht.

Ein Beispiel für diese Entwicklung ist die ungarische Fluggesellschaft Malév. Anfang dieses Jahres sah sich die ungarische Regierung gezwungen, ihre Offerte zum Verkauf von zunächst 10% der Anteile an der Luftfahrtgesellschaft mangels vorliegender Angebote zurückzuziehen. Daher hat die Unternehmensleitung jetzt einen Sanierungsplan vorgelegt, der mittelfristig zuerst die Neuordnung und Verschlankeung der Fluggesellschaft vorsieht, bevor dann möglicherweise erneut strategische Investoren angesprochen werden sollen. Bis zum geplanten Erreichen der Gewinnschwelle im Jahr 2003 sollen hierfür von der Gesellschaft, die das abgelaufene Geschäftsjahr mit einem Verlust von rund 70 Mio. DM abschloss, rund 50 Mio. DM aufgewendet werden, während die Regierung gleichzeitig finanzielle Zuwendungen in Höhe von etwa 170 Mio. DM zugesagt hat.

Hinsichtlich des zu nahezu 100% in staatlicher Hand befindlichen Geldinstituts Postabank, das 1998 wegen des drohenden Bankrotts infolge von Korruption und eines ausgeprägten Missmanagements in die Schlagzeilen geraten war, ist der nach wiederholten Konsolidierungsaufwendungen des ungarischen Staates in Höhe von insgesamt mehr als 1 Mrd. Dollar im Herbst letzten Jahres angelaufene Privatisierungsprozess inzwischen zum Erliegen gekommen. Nachdem zum Jahresende noch mehrere ausländische Finanzinstitute ihr Interesse am Kauf der Postabank bekundet hatten, räumte die Regierung der OTP, dem größten und ausschließlich im Besitz inländischer Anteilseigner befindlichen Geldinstitut des Landes (darunter auch der ungarische Staat), überraschend das exklusive Recht zur Unterbreitung eines Angebots für die Großbank ein. Zu einer Übernahme der Postabank durch die OTP, die auch mit einer partiellen Renationalisierung der OTP einhergegangen wäre, ist es jedoch nicht gekommen. Weitere Schritte bezüglich der geplanten Restrukturierung der Postabank werden gegenwärtig von der Regierung geprüft. In diesem Zusammenhang wurde angekündigt, dass die Postabank möglicherweise an die Magyar Posta, die staatseigene Ungarische Post, veräußert werden solle.

Die vorgesehene Teilveräußerung des staatlichen Rundfunk- und Fernsehsenders Antenna Hungaria droht ebenfalls zu einem Misserfolg zu werden, da die Regierung bislang nicht bereit ist, einen Mehrheitsanteil an der Gesellschaft an einen strategischen Käufer abzugeben (geplant ist zunächst der Verkauf von 37% der Anteile). Bereits im Juli letzten Jahres war der Versuch gescheitert, das Medienunternehmen teilweise an die Börse zu bringen. Hierzu hat sicher der überaus geringe Kapitalanteil beigetragen, der über die Börse zum Kauf angeboten wurde.

Massive staatliche Eingriffe in das Marktgeschehen haben auch im ungarischen Energiesektor für eine Verunsicherung ausländischer Investoren gesorgt. Seit Beginn des Jahres 2001 stiegen die Beschaffungspreise der sechs privaten Stromversorger für die Abnahme beim staatlichen Monopolisten MVM, an den die Versorger durch langfristige Verträge gebunden sind, aufgrund einer neuen Preisverordnung um durchschnittlich 13% an. Gleichzeitig dürfen die Versorger die Preise für Endverbraucher lediglich um 6% erhöhen. Aufgrund der erwarteten, drastischen Gewinneinbrüche drohen die privaten Stromversorger der MVM jetzt mit rechtlichen Schritten. Fast gleichzeitig kündigte die Regierung eine Verzögerung der geplanten Liberalisierung des Strommarktes an, die ursprünglich am 1.1.2001 beginnen sollte und nun voraussichtlich bis zur zweiten Hälfte 2002 verschoben wurde.

Im April dieses Jahres nahm eine neue staatliche Aufsicht der Finanzorganisationen (PSZÁF), die den gesamten ungarischen Finanzsektor überwacht, ihre Tätigkeit auf. Sie entstand durch die Zusammenlegung der Staatlichen Geld- und Kapitalmarktinspektion, der Staatlichen Versicherungsinspektion und der Staatlichen Kasseninspektion. Die Konzentration wurde notwendig, da die zuständigen Finanzinspektionen in den vergangenen zehn Jahren auf dem sich schnell entwickelnden Geldmarkt mehrmals verspätet reagiert haben und dadurch zum Konkurs mehrerer Banken und Brokerfirmen beigetragen haben. Die PSZÁF hat bereits mit den Aufsichtsorganisationen von acht OECD-Ländern Kooperationsvereinbarungen abgeschlossen. Im September letzten Jahres wurde ein Abkommen mit der deutschen Bankenaufsicht geschlossen, das als besonders wichtig gilt, da sich 20% des ungarischen Bankwesens im Eigentum deutscher Banken befinden.

In dem zum Jahresbeginn 2001 in Ungarn offiziell angelaufenen neuen nationalen Entwicklungsplan, dem Szechenyi-Plan, stellt die Stärkung der ungarischen Privatwirtschaft eines der Hauptziele dar. Im Rahmen des Programms zur Förderung von Privatunternehmen sind für dieses Jahr über 31,4 Mrd. Ft (ca. 118 Mio. Euro) und für das kommende Jahr über 37,3 Mrd. Ft (ca. 0,14 Mrd. Euro) vorgesehen. Ziel ist es, kleine und mittlere Unternehmen durch Zuführung zentraler Mittel zu stärken, sie durch In-

vestitionsanreize zu fördern und damit ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. 40% des finanziellen Gesamtvolumens und damit den größten Anteil (für 2001 und 2002 ca. 0,96 Mrd. Euro) will die Regierung zudem für den Straßenbau, insbesondere für den Bau von Autobahnen und Brücken, die Modernisierung von Regionalflughäfen und der Eisenbahn sowie für Hochwassermaßnahmen verwenden. Die restlichen Programme zielen auf Investitionen im Wohnungsbau zur Schaffung neuer Wohnungen und Anreize zur Renovierung des Wohnungsbestandes (für 2001 und 2002 ca. 0,55 Mrd. Euro in Form von Zuschüssen und verbilligten Krediten), die Stimulierung von Forschung und Entwicklung (für 2001 und 2002 ca. 0,21 Mrd. Euro), den Ausbau der Informationstechnologie (in der Verantwortung des Ministerpräsidenten), die Förderung des Tourismus (für 2001 und 2002 ca. 0,21 Mrd. Euro) sowie die Förderung einzelner Regionen (für 2001 und 2002 ca. 42 Mio. Euro). Mit diesem auf insgesamt fünf Jahre angelegten Entwicklungsplan soll ein Anstoß zur weiteren Ressourcenmobilisierung im Privatsektor gegeben werden.

Ungarns vergleichsweise fortgeschrittener Stand der Reformen kommt auch in dem letzten jährlichen Bericht der EU-Kommission zum Ausdruck, der im Rahmen der „intensiven Heranführungsstrategie“ die Fortschritte eines jeden Landes hinsichtlich seiner Beitrittsvorbereitung überprüft. Das Land konnte bis auf einige Ausnahmen einen positiven Eindruck

vermitteln und wurde als funktionsfähige Marktwirtschaft bezeichnet, die auch das zweite Kriterium (Wettbewerbsfähigkeit) in naher Zukunft erreichen kann. Wie in den Jahren zuvor werden zwar weitere Anstrengungen in der Inflationsbekämpfung und Haushaltskonsolidierung, insbesondere in den Bereichen Gesundheitswesen, Verkehr und lokale Selbstverwaltung angemahnt. Fortschritte seien auch in der Übernahme des gemeinsamen Rechtsstandes erzielt worden (u.a. Normen, mehr Transparenz bei Überwachung staatlicher Beihilfen), wogegen einige der prioritären Ziele, u.a. die Festigung der Unabhängigkeit der Nationalbank, die Übernahme der Umweltgesetzgebung, nicht erreicht wurden. Der fortgeschrittene Verhandlungsstand lässt hoffen, dass die meisten Kapitel Mitte 2002 abgeschlossen sein könnten. Ungarn wird damit sicherlich als eines der ersten ostmitteleuropäischen Kandidatenländer Mitglied der EU werden. Spannend könnten die nächsten Wahlen im Frühjahr 2002 werden, denn bisherige Umfragen geben weder der regierenden konservativen *Fidesz*-Partei noch den oppositionellen Sozialisten einen klaren Vorsprung. Der Ausgang der Wahlen dürfte indes kaum zu wesentlichen Änderungen in der EU-Politik und den Grundzügen der Wirtschaftspolitik Ungarns führen.

WOLFGANG QUAISSER,
ALEXANDRA REPPEGATHER

Ungarn

Fläche: 93,0 Tsd. km², Bevölkerung: 10,043 Mio.

Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Wirtschaftsleistung							
Bruttoinlandsprodukt (BIP)	Mrd. Ft	6893,9	8541,4	10100	11498	12877	.
BIP	Mrd. USD	45,1	45,7	47,6	48,5	45,7	.
BIP, real	Veränd. gg. Vorj., %	1,3	4,6	4,9	4,2	5,2	4,5–5,5
BIP pro Kopf	USD,						
	amtl. Wechselkurs	4433	4504	4710	4808	4570	.
	Kaufkraftparität	9340	10010	10780	11190	11410	.
	Kaufkraftp., in % von EU-15	47	49	50	51	52	.
BIP	Index 1989=100	86,5	90,5	95,1	99,4	104,6	109–110
Industrie	Index 1989=100	85,5	95,1	106,3	115,0	136,0	152–154
Produktionsentwicklung							
Industrie	Veränd. gg. Vorj., %	3,4	11,1	12,5	10,5	18,3	12–13
Landwirtschaft	Veränd. gg. Vorj., %	5,0	-1,9	-1,8	6,6	-7,5	
Bauwesen	Veränd. gg. Vorj., %	-0,1	9,7	13,1	6,1	5,9	10–11

Ungarn – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Struktur lt. VGR (nom.)							
Industrie	% des BIP	26,4	28,2	29,4	28,0	31,5	.
Landwirtschaft	% des BIP	6,5	6,3	5,8	4,9	4,3	.
Bauwesen	% des BIP	4,2	4,4	4,7	4,6	4,6	.
Dienstleistungen	% des BIP	62,9	61,1	60,1	62,5	59,6	.
Anteil des Privatsektors	% des BIP	70	75	80	80	80	.
Anteil des Privatsektors	% der Beschäftigten	.	.	ca. 75	ca. 75	ca. 75	.
Investitionen							
Brutto-Anlageinvestitionen	reale Veränd. gg. Vorj., %	-4,4	8,2	10,2	5,3	6,5	9–11
Investitionsquote lt. VGR ¹	% des BIP, nom.	21,4	22,2	23,6	23,8	24,9	25,6
Zufluss von Direktinvest.	Mio. USD, netto	2040	2107	1953	1944	1691	1500– 2000
aus Deutschland ²	Mio. DM, netto	1500	1389	3718	755	336	
Arbeitsmarkt							
Beschäftigte, JD	Mio. Personen	3,6	3,6	3,7	3,8	3,9	.
in der Industrie	% d. Besch. ²	31,1	31,2	31,6	31,2	31,1	.
Arbeitslosenquote, JE ⁹ (registrierte Arbeitslose)	%	9,9	8,7	7,8	7,0	6,4	6,0
Geldmengen- und Preisentwicklung							
Geldmenge M2, JD	Veränd. gg. Vorj., %	21,5	20,6	17,2 ⁴	17,4 ⁴	14,0 ⁴	.
Zinssatz, jährl., JE (für Unternehmen)	%, aufg. Kredite	24,0	20,2	18,8	15,4	12,8	.
Realzins (PPI), JD	%, aufg. Kredite	1,8	0,3	6,7	9,6	7,5	.
Inflationsrate							
Konsumgüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	23,6	18,3	14,3	10,0	9,8	7,5
Industriegüterpreise, JD	Veränd. gg. Vorj., %	21,8	20,4	11,3	5,1	11,7	.
Einkommen und Verbrauch							
Bruttolöhne, nominal, JD	Veränd. gg. Vorj., %	20,4	22,3	18,3	13,9	13,5	.
Nettolöhne, real, JD	Veränd. gg. Vorj., %	-5,4	4,9	3,6	2,5	1,5	4,3
Privater Verbrauch, real. Lt VGR	Veränd. gg. Vorj., %	-2,7	2,0	3,5	5,4	3,3	.
Einzelhandelsumsatz, real	Veränd. gg. Vorj., %	-5,0	-1,0	8,7	7,7	2,0	.
Sparquote ⁵	% des verf. Eink.	16,3	16,2	16,9	14,9	15,1	.
Lebensstandard							
Durchschn. Monatslohn, brutto	USD, amtl. Wechselkurs Kaufkraftparität	307 647	305 678	317 726	325 756	311 777	.
Mindestlohn/Durchschn.-lohn	%	35,9	34,1	33,2	29,1	29,1	40-45
Altersrente/Durchschn.-lohn	%	38,8	36,8	38,0	38,3	37,6	.
Bevölkerung unter der Armutsgrenze ⁶	%	.	.	.	26,0	.	.
Öffentliche Haushalte							
Staatshaushalt (Zentralregierung)							
Einnahmen	Mrd. Ft	2286,0	2350,4	2626,2	3233,6	3679,4	.
Ausgaben	Mrd. Ft	2206,5	2692,5	3180,1	3565,2	4048,8	.
Budgetsaldo	Mrd. Ft	79,5	-342,1	-553,9	-331,6	-369,4	.
Öffentliche Haushalte (konsolidiert)							
Saldo	% des BIP	-3,3	-4,8	-4,8	-3,7	-3,5	-3,4
Öffentliche Verschuldung	% des BIP	71,5	62,9	61,1	60,0	58,2	54,6

Ungarn – Gesamtwirtschaftliche Indikatoren

	Einheit	1996	1997	1998	1999	2000	2001*
Außenwirtschaft							
Außenhandel (Zollstatistik)							
Export	Mio. USD	15954	19100	23010	25026	28092	31500
Import	Mio. USD	18613	21230	25710	28005	32079	35000
Handelsbilanzsaldo	Mio. USD	-2659	-2130	-2700	-2979	-3988	-3500
Handelsbilanzsaldo (Zahlungsbilanzstatistik)	Mio. USD	.	-1964	-2353	-2178	-2400	-3100
Anteile wichtiger Handelspartner							
Export nach							
EU	% der Exporte	62,8	71,2	73	76,2	75,2	.
Deutschland	% der Exporte	29,0	37,2	36,6	38,4	37,3	.
GUS	% der Exporte	9,3	7,2	4,5	2,4	2,5	.
Russland	% der Exporte	5,9	5,1	2,9	1,4	1,6	.
CEFTA	% der Exporte	8,7	7,3	8,9	7,8	8,1	.
Import aus							
EU	% der Importe	59,7	62,6	64,0	64,4	58,5	.
Deutschland	% der Importe	23,6	26,7	28,2	29,2	25,5	.
GUS	% der Importe	14,4	11,2	7,7	6,8	9,1	.
Russland	% der Importe	12,5	9,5	6,5	5,9	8,0	.
CEFTA	% der Importe	7,7	6,5	6,9	7,2	7,5	.
Handel mit Deutschland							
Deutsche Ausfuhr	Mio. DM	8349,1	11665,0	15254,1	16596,8	20148,5	.
Deutsche Einfuhr	Mio. DM	7922,7	10847,6	14547,9	17503,3	20704,1	.
Deutscher Handelssaldo	Mio. DM	426,4	817,4	706,2	-906,5	-555,6	.
Gesamtwirtschaftl. Auslandsposition							
Leistungsbilanzsaldo							
	Mio. USD	-1678	-982	-2298	-2076	-1492	.
	Mio. Euro	-1340	-850	-2020	-1970	-1620	.
	% des BIP (USD)	-3,7	-2,1	-4,9	-4,4	-3,3	-5,3
Währungsreserven, JE (der Nationalbank u.nd Regierung)							
	Mio. USD	9718	8400	9300	10882	11600	11600
Wechselkurs							
	Mio. Euro	.	.	8002	10874	12068	.
	Ft/USD	152,6	186,8	214,1	237,3	282,2	.
	Ft/Euro	.	.	.	252,8	260,1	.
Realer Wechselkurs, JD ⁷ (Reziprok Index) ⁸							
	Veränd. gg. Vorj., %	-6,8	-1,7	6,3	-7,3	-1,6	.
Terms of Trade							
	Index 1990=100	92,3	93,4	94,7	93,2	90,7	.
Auslandsverschuldung, einschließlich zwischenbetrieblicher Kredite							
brutto, Dez.							
	Mio. USD, Dez.	27956	24395	27280	28652	.	.
	Mio. Euro, Dez.	.	.	.	29003	33055	.
netto, Dez.							
	Mio. USD, Dez.	14588	11805	12877	11070	.	.
	Mio. Euro, Dez.	.	.	.	11206	12236	.
Schulden, brutto							
	% des BIP	62,4	54,6	55,8	63,8	66,7	.
Schulden, netto							
	% des BIP	32,6	26,4	26,4	24,6	24,7	.
Schuldendienstquote							
	% der Exporte	33,2	25,9	16,5	14,7	10,0	.

Anmerkung: * = Prognose; JD = Jahresdurchschnitt; JE = Jahresende.

* Prognose; ¹ Bruttoanlageinvestitionen zum BIP; ² Angaben aus der deutschen Zahlungsbilanz; ohne reinvestierte Gewinne; ³ inkl. Bergbau, Bau- und Energiewirtschaft; 1994 nicht ganz zu den Vorjahren vergleichbare Angabe; ⁴ ab 1998 M3; ⁵ Ersparnisse der Bevölkerung in % der verfügbaren Einkommen; ⁶ nach EU-Definition, Bevölkerung, deren Einkommen unter dem 50%igen Durchschnittseinkommen liegt; ⁷ Dezember bis Dezember ⁸ positiver Wert drückt Abwertung aus. ⁹nach IAO-Definition.

Quellen: Nationale Statistiken, Ungarische Nationalbank, EBRD: Transition Report, Wiener Institut für Internationale Wirtschaftsvergleiche, UN: ECE, OECD, Statistisches Bundesamt in Wiesbaden.